

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

einen kleinen Stimmungsbericht zur Finanzlage unserer Stadt haben wir gerade vom Kämmerer gehört. Und jetzt geht es darum, vor diesem Hintergrund einen Etat für die nähere Zukunft einzubringen. Frank Mielke wird uns einen Haushaltsentwurf vorstellen, wie es ihn in der Geschichte unserer Stadt so noch nicht gegeben hat.

Wir sind ja nun weiß Gott nicht verwöhnt in Hattingen, wenn es um die städtischen Finanzen geht. Gespart wurde reichlich - nicht zuletzt beim Personal. Wir haben in den vergangenen beiden Jahren die Notbremse gezogen. Gezwungenermaßen. Wichtige pflichtige Bereiche, wie Kitabetreuung, Offener Ganzttag, Feuerwehr, Flüchtlingsbetreuung oder die erweiterte Wohngeldbearbeitung wären anders nicht zu bewältigen. Und das sind nur ein paar Beispiele.

Dennoch sind wir bei weitem nicht überversorgt, in vielen Bereichen suchen wir wie andere Städte auch dringend Personal. Der Fachkräftemangel trifft uns alle.

Wir sind nicht mehr allein mit unseren finanziellen und personellen Sorgen.

Ich will Ihnen einige Zitate aus einem Brief vortragen, den wir Bürgermeister*innen im Städte- und Gemeindebund in der vergangenen Woche an den Ministerpräsidenten geschrieben haben.

„Die gegenwärtige Situation der kommunalen Haushalte in unseren Städten und Gemeinden ist geprägt von einer beispiellosen Kumulation von

Herausforderungen. Das krisengetriebene Zusammenwirken von stagnierenden Steuereinnahmen und Zuweisungskürzungen, stark steigenden Kosten für Sachaufwendungen und Personal sowie stetig neuen Erwartungen an Leistungen der Daseinsvorsorge überfordert die kreisangehörigen Selbstverwaltungsträger. Bund und Land sind gefordert, Schaden von der kommunalen Selbstverwaltung abzuwenden.

Beispielhaft machen wir auf folgende, gleichzeitige Überlastungen unserer Städte und Gemeinden aufmerksam:

- stark interflationäre Preisentwicklung*
- Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen jenseits der Grenzen der Leistungsfähigkeit sowohl des hauptamtlichen als auch des ehrenamtlichen Engagements ohne erkennbare Aussicht auf Neuordnung der Zuwanderungsgeschehens*
- unzureichend finanzierter Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich*
- kontinuierlich steigende Umlagebelastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden infolge der Kostenstrukturen der Landschaftsverbände und der Kreise ohne wirkungsvolle Rechtsschutzmöglichkeit*
- Verpflichtung zur Erstellung kommunaler Wärmeplanungen*
- unüberschaubare Aufwendungen mit Blick auf Planung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen*
- steigende Zinslasten für sämtliche kommunalen Kredite*
- unregelmäßige Zukunft der dynamischen Finanzierung des Deutschland-Ticket*
- unzureichende finanzielle Beteiligung von Bund und Land an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen“*

„Dennoch bleiben das Land und mit ihm Sie persönlich unsere wichtigsten Ansprechpartner. Die verfassungsrechtliche Pflicht zur Bereitstellung einer aufgabenadäquaten Finanzausstattung der Kommunen und die Funktion als Sachwalter kommunaler Interessen bei der Bundesgesetzgebung gebieten es uns, das Land im gleichen Maße wie den Bund in die Verantwortung zu nehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass im Bund Steuersenkungen (wie zum Beispiel mit dem Wachstumschancengesetz) oder zusätzliche soziale Leistungen beschlossen werden, die Löcher in die kommunalen Kassen reißen, welche im Anschluss durch Erhöhungen kommunaler Steuern oder Reduzierung eigener Angebote im Bereich der freiwilligen Leistungen, zum Beispiel in der Jugendarbeit, geschlossen werden müssen.“

„Wenn sich an der gegenwärtigen Situation nichts ändern sollte, werden die Städte und Gemeinden in unserem Land fast flächendeckend gezwungen sein, die Hebesätze der Grundsteuer B in einem Maße anzuheben, das den Bürgerinnen und Bürgern schlichtweg weder vermittelbar noch zumutbar sein wird. Wir sind tief besorgt darüber, dass eine solche Entwicklung den Nährboden für eine weitere Polarisierung und den Verlust des Vertrauens in unser demokratisches Staatswesen bereitet. Auch die Bereitschaft zu kommunalpolitischem Engagement wird darunter leiden, wenn im Rat nicht mehr gestaltet, sondern nur über Zumutungen entschieden werden kann.“

*„Wir betonen, dass Entscheidungen **umgehend** getroffen werden müssen.“*

Soweit die Zitate. Den Brief unterschrieben haben sage und schreibe 355 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus NRW. Also eigentlich alle kreisangehörigen Kommunen in unserem Bundesland. Das ist

bemerkenswert, denn in der Vergangenheit war es üblich, im Sauer- oder Münsterland oder in Ostwestfalen auf die Nichtkötter im Ruhrgebiet zu schimpfen. Auf diejenigen, die nun mal nicht mit Geld umgehen könnten, Schulden anhäufte und ständig Steuern erhöhte. Dieser Brief, liebe Stadtverordnete, spricht eine andere Sprache - endlich, möchte ich sagen.

Endlich ist es in der Breite angekommen, dass etwas nicht stimmt mit den Kommunen in NRW. Es gibt einfach zu viele Aufgaben, die uns von Bund und Land aufgebürdet werden, und zu wenig Mittel, um diese Aufgaben bewältigen zu können!

Weiter vertiefen möchte ich das an dieser Stelle nicht, aber wenn wir als Städte überleben wollen, wenn wir das tun wollen was die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten, dann muss sich grundsätzlich etwas verändern bei der Gemeindefinanzierung in unserem Land. Dann müssen endlich die unzähligen bürokratischen Hürden, die immer schärferen Vorschriften oder Kontrollen, die ausufernden Bedingungen für Förderprojekte eingedampft werden!

Ich weiß, das ist viel verlangt von den Regierenden in Düsseldorf, Berlin oder Brüssel. Aber wenn es um den Erhalt unserer Demokratie geht, die sich vor Ort in den Kommunen bewähren und immer wieder neu beweisen muss, dann muss sich grundsätzlich etwas ändern, dann muss dieser gordische Knoten durchschlagen werden! Ansonsten? Wir wissen, was sich am rechten politischen Rand so zusammenbraut...

Hiermit könnte ich meine Ausführungen eigentlich schließen, will ich aber nicht. Stattdessen muss an dieser Stelle auch Platz sein für das Positive,

für die guten Dinge, die das Geschehen in Hattingen in jüngerer Zeit geprägt haben:

Da ist zum Beispiel die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von aktuell 660 Geflüchteten. Und ich will an dieser Stelle betonen, dass es für uns selbstverständlich ist, Menschen zu helfen die vor Kriegen fliehen müssen. Es war und ist eine große Kraftanstrengung für unsere Stadt, die allein von den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung nicht gestemmt werden könnte - und auch das Geld ist nicht allein entscheidend - nein, ein großes Dankeschön gilt den Vielen, die ehrenamtlich tätig sind und sich mit der Verwaltung gemeinsam um diese Menschen kümmern.

Ein großes Medien beherrschendes Thema in diesen Tagen ist die Wohnungsnot. Von dieser ist auch unsere Stadt betroffen, aber erwähnt werden sollte trotzdem die umfangreiche Bautätigkeit, welche die Not bei uns zumindest etwas lindert bzw. lindern wird. Insgesamt sind 221 Wohnungen im vergangenen Jahr entstanden. (*Bredenscheider Straße Hörstgens Feld (66 Wohnungen), Skiba am Holschentor (40 Wohnungen mit Pflegeangebot), Holthausen Lindstockstrasse / Halweg (39 Wohnungen) Bochumer Str. (13 Reihenhäuser), Wittener Str. (14 Wohnungen) und im Westenfeld BONAVA (20 Wohnungen)*). Dazu kommen die Planungen für den Pottacker, das O&K Gelände oder die Alte Feuerwache. Überall werden auch sozial geförderte erschwingliche Wohnungen entstehen.

Es gibt ein neues Schulgebäude in Welper, dank der HWG eine neue Kita in Niederwenigern, die Thingstrasse ist fast fertiggestellt, die Essener Strasse ebenfalls.

Wir haben in Sachen Klimaschutz ein Förderprogramm Photovoltaik aufgelegt, zahlreiche Baumpflanzungen zum Teil mit Hilfe von Spenden aus der Wirtschaft und Engagement aus Schulen vorgenommen, Wiesen wurden zu Blühwiesen, Fahrradstraßen wurden geschaffen, der Parkplatz an der Roonstraße wurde neu und mit vielen Bäumen gestaltet - und das sind nur ein paar Beispiele von vielen.

Erwähnen möchte ich auch die Entwicklung in der Innenstadt. Im Zusammenwirken eines Förderprogramms und der politischen - also Ihrer oder unserer - Initiative hat das Label „Nettes Hattingen“ wirklich Fuß gefasst. Jüngstes Beispiel war das Weilfest am vergangenen Wochenende in der Großen Weilstraße. In der „Nett-hier-Whats-App-Gruppe sind mittlerweile mehr als 90 Einzelhändler vertreten.

Es gibt den Feierabendmarkt an jedem zweiten Donnerstag im Krämersdorf, an diesem Wochenende das Herbstfest mit Panhas von namhaften Gastronomen, und das Altstadtfest im kommenden Jahr wird dank des Engagements von Alfred Schulte-Stade im nächsten Jahr wieder mit Rock am Bunker stattfinden. Auch wieder nur einige Beispiele.

Ich will meinen Wortbeitrag an dieser Stelle nicht beenden, ohne den vielleicht wichtigsten Faktor im Bezug auf die Lebensqualität zu nennen: Die Hattingerinnen und Hattinger. Viele von ihnen engagieren sich für andere. Sie sorgen zum Beispiel dafür, dass Alte nicht mehr so einsam sind, dass Arme bezahlbare Nahrungsmittel bekommen, dass Kinder und Jugendliche in Sportvereinen trainiert werden, oder dass sich kulturell beispielsweise ganz Blankenstein auf neue spannende Wege begeben hat. Menschen, die zum

Teil neue Vereine oder Initiativen gegründet haben, um beispielsweise Bredenscheid oder Holthausen zu beleben.

Anderswo braucht es keine neuen Strukturen. In Winz-Baak, Niederwenigern, Blankenstein, Elfringhausen, Welper oder Niederbonsfeld gibt es seit langem Vereine, die sich um die Belange der Menschen vor Ort kümmern.

Ich bedanke mich bei all denjenigen die sich in unserer Stadt engagieren! Und ich sichere Ihnen die Unterstützung seitens der Stadtverwaltung zu. Wir können die vielen Herausforderungen nur gemeinsam mit Ehrenamt und Hauptamt bewältigen. Und das gilt auch für den Erhalt der feinen Lebensqualität in unserer Stadt, auf die wir gemeinsam stolz sein können.

Glückauf!

- Es gilt das gesprochene Wort -